

Die Baumgewächschaft

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M^l. (ohne Bestellgeld), bei Befüllung unter Kreuzband 1,70 M^l.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker, Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:
Berlin O., Rüdersdorferstraße 60
Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.
Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr

Nummer 26.

Berlin, den 28. Juni 1908.

9. Sabraana.

Kollegen, arbeitet eifrig am Ausbau und der Stärkung des Verbandes!

Inhaltsverzeichnis.

Die Überspannung der Arbeiterbewegung? — Die
ohnbewegungen und ihre Erfolge der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907. — Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte. — Struktur und Architektur des Daches. —
Rundschau: Der „neutrale“ Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften. Von wo ging der Kampf gegen die Privatbeamten und Beamten aus? Ärzte und Krankenlassen. Aus Württemberg.
Mineralaussperrung im Baugewerbe Schwedens. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Julius Gehl, Sachen. Essen. — Soziale Rechtsprechung. — Von den Arbeitsstellen. — Briefkasten. — Literarisches. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachungen.

Die Ueberspannung der Arbeiterbewegung?

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zeigt, daß auf Perioden raschen Ausschwunges Perioden des Stillstandes, ja auch teilweisen Rückganges eintreten. Das etwas ganz Natürliches und liegt in den die Organisationen beeinflussenden wirtschaftlichen Verhältnissen, Erscheinungen und Strömungen. Rechtefeinden zu tun, um sie beheben zu können, wird das eifrige Beeten jeder vorwärtsdrängenden Arbeiterorganisation sein.

Wir befinden uns nun gegenwärtig in einer Periode gewerkschaftlichen Stillsstandes insofern, als die Steigerung der Mitgliederzahlen nur eine geringe ist. Da ist es ersichtlich, daß dieser Erscheinung nicht nur die Ungehörigen der Arbeiterorganisationen, sondern auch Wunschkreisende ihr Augenmerk zuwenden, und zu den verschiedensten Ansichten gelangen. Verschieden aus dem Grunde, als das Interesse an den Organisationen der Arbeiter ja auch kein gleiches ist, sondern sehr stark von materiellen und politischen Gesichtspunkten beeinflußt wird. Sehr oft spiegelt daher die Beurteilung die eigenen Wünsche wider.

Auf dem 14. Verbandstage des Hirsch-Dunderschen Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter zu Pfingsten dieses Jahres gesangt auch der offensichtliche Rückgang dieses Verbandes zur Erörterung. Genannter Verband verlor über 10 000 Mitglieder innerhalb Jahresfrist. Unter den Gründen, die zu diesem Rückgange führten, gab der Berichterstatter Trabert an, der Wetteifer in der Agitation, der in den früheren Jahren allerorts zum Ausdruck gekommen sei, habe nachgelassen. Ein anderer Delegierter meinte, „es sei in der ganzen Arbeiterbewegung eine Überspannung eingetreten, die ganz von selbst zu einer Stagnation und zu einem Rückgange führen müßte.“ Die „Kölnische Btg.“, auf die wir uns hierbei stützen, da besagter Verbandstag

„Auf einen einfachen Nenner zurückgeführt, heißt das: Es gibt auch unter den Arbeitern eine allmählich steigende Zahl von Köpfen, denen der einseitige Klassenstandpunkt der Arbeiterbewegung, der rein wirtschaftlich betonte Betrieb der Arbeiterinteressen allmählich zu öde wird und die sich deshalb mehr und mehr erinnern, daß ihr Interesse mit dem des Unternehmers einerseits und des großen Volksganzen, des Staates, anderseits in unlöslichem Zusammenhang steht. Auch der unfehlbare Terrorismus, der menschenunwürdige Zwang, der auf den Tüchtigen, Geschickten und Arbeitswilligen geübt wird, auf daß er ja nicht das leiste, was er vermag und nicht das verdient, was er möchte, muß die besseren Elemente zur Selbstbesinnung und schließlich auch wieder zur Selbstbestimmung treiben und sie veranlassen, sich aus dieser lästigen und auch unsinnigen Umlammerung loszulösen. Letzten Endes ist diese kräftig einschneidende Bewegung unter der Arbeiterschaft nichts anderes als ein Aufhören des Individuums gegen den Herdengedanken, ein bewußter Protest gegen die altrömische „Idee der Nahung“, der Fristung des Daseins unter Ausschluß jeder Möglichkeit, einen Vorsprung vor dem andern zu gewinnen durch volle Ausnutzung der Kräfte, die dem einzelnen gegeben sind. Es ist immer ein Schauspiel eigener Art gewesen, die sozialistische Leichmacherei in den Gedankenkreisen sich bewegen zu sehen, die man am Kunst- und Innungswesen der Urväter nicht genug verläßt hätte. Vorläufig sperrt man sich natürlich noch mit Macht gegen die Durchbrechung dieses Kunstrprinzips. Selbst die evangelischen Arbeitervereine haben es auf ihrer Tagung in Halle nicht zu verwirren vermocht, den sogenannten gelben Gewerkschaften die denkbar größte Behandlung zuteil werden zu lassen, indem sie sie durch den Reichstagabgeordneten Behrens als Schmeichler und Kriecher und als charakterlos bezeichneten.“

selbst als vaterländische oder nationale Arbeitervereine aufgetan haben, scheint sich jener Gedanke der Befreiung aus der Herde und des Aufschwanzselbststellens am deutlichsten auszubilden, scheint sich am schärfsten die Ablehr zu zeigen von dem, was der Maschinenbauertag Überspannung der Arbeiterbewegung genannt hat.“

Das dürfte unserer Meinung nach die wahren Gründe nicht treffen, wobei noch ein doppelter Unterschied zwischen den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und den übrigen Arbeiterorganisationen gemacht werden muß. Die altersschwachen und den Zeitverhältnissen so wenig Rechnung tragenden H.-D. Gewerkschaften können nicht als Maßstab in einer so wichtigen Frage angenommen werden. Für sie dürfte die „S. B.“ mit den Worten das richtige getroffen haben: „Es gibt auch unter den Arbeitern eine allmählich steigende Zahl von Köpfen, denen . . . der rein wirtschaftlich betonte Betrieb der Arbeiterinteressen allmählich zu öde wird . . .“ Und dann haben doch bereits sämtliche Organisationen außer den Hirsch-Dunderschen Fortschritte im vergangenen Jahre zu verzeichnen. Wir hasten daher die Meinung der „S. B.“ in fast allen wesentlichen Punkten für unzutreffend, auch teilweise für inkonsistent. Das ist nur eine Widerspiegelung der Ansichten eines liberalen Wirtschaftspolitikers, eines Anhängers „des Spiels der freien Kräfte“. Nur aus diesen Gesichtspunkten und unter vollständiger Verkenntnung der realen Verhältnisse können derartige Meinungen geboren werden. Bei wichtigen und entscheidenden Momenten zeigt sich dann, daß man in diesen Kreisen die Arbeiter nicht versteht.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die tüchtigsten Arbeiter sich aus ganz naheliegenden Gründen im Vorder-treffen der Arbeiterorganisationen befinden. Auf diese Gründe dafür wollen wir nicht näher eingehen, nur betonen wir, daß auch für die Tüchtigsten erst die Organisation die Sicherheit für ihren Verdienst abgibt. Sie bilden ansonsten ein Objekt „des freien Spiels der Kräfte“, wo ja leider mit Hilfe wirtschaftlicher Übermacht die Tüchtigkeit des Untergebenen mitunter in ungehörigster Weise ausgebeutet wird. Hat das nicht den ersten Anstoß zur Arbeiterorganisation gegeben? Mit nichts! Nur dem Schreiber der „P. B.“ scheint das nicht bekannt geworden zu sein. Weiter: Seufzen nicht auch die Handwerksmeister mit am meisten über die schrankenlose freie Konkurrenz? Sie denken jedenfalls anders über die „Gleichmacherei“, die doch nur so weit gedacht ist, daß sie für einen Ort oder für ein Gewerbe je nach den Produktionsbedingungen annähernd gleiche Verhältnisse schaffen soll. Und bei den „Gelben“ soll der „Herdentreib“ nicht vorhanden sein, sie wollen sich davon befreien und „auf sich selbst“ stellen. Zug-nächst gehen sie doch aus der einen Herde in die andere, nämlich in die „Gelbe“. Sie stellen sich auch nicht „auf sich selber“, sondern in die Gnade des Unternehmers, und Vorteile erhalten sie nur auf Kosten der andern, „der aus eigener Kraft vorwärtsstrebenden Arbeiter“. Das ist der wahre Begriff von „dem Gelben“.

Der Grund der gegenwärtigen Stagnation in der Entwicklung der Arbeiterorganisationen, soweit sie auf fortgeschrittenem Boden stehen und den Gefühlen und Bedürfnissen der Zeit Rechnung tragen, ist in erster Linie in der augenblicklichen wirtschaftlichen Depression zu suchen. Größere Arbeitslosigkeit hat diese Erscheinung immer im Gefolge. Es kann zugegeben werden, daß das augenblicklich organisationsreife Element seinen Weg in die Gewerkschaften gefunden hat und daß es mit einer

die Gewerkschaften gefunden hat, und daß es erst einer gewissen Gärung bedarf, welche die momentane wirtschaftliche Lage ja vorzüglich besorgt, um weitere Massen dem Organisationsgedanken zugänglich zu machen. Die Zeit wird das lehren. Die in die gelben Gewerkschaften Abgegangenen müssen als solche angesehen werden, die entweder den Organisationsgedanken nicht richtig erfaßt, die infolge ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit oder auch um sich in unmoralischer Weise Vorteile sichern zu wollen, von dem Unternehmer in seine Vereinigungen haben hineinzwangen lassen. Aber der Fortschritt der reellen Arbeiterorganisation ist unaufhaltbar, besonders der christlichen, die ihre Werbekraft in so außerordentlicher Weise bezeugt hat. Und das wird auch August Winning, der Redakteur des „Grundstein“, der in der „Neuen Zeit“ meinte, nur die Organisationen, die auf dem Boden des Massenkampfes ständen, würden die Krise standhaft überdauern, erfahren müssen, daß nicht nur die christlichen Gewerkschaften ungeschwächt aus ihr hervorgehen, sondern auch so viel Kräfte gesammelt haben, um bei einem wirtschaftlichen Umschwunge mit erhöhten Kräften und verdoppelten Anstrengungen in die neue Werbearbeit einzutreten. Raum und Zeit für Zukunft!

Die Lohnbewegungen und ihre Erfolge der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907.

Die großen und gewaltigen Kämpfe, wie sie in den beiden vorangegangenen Jahren zu verzeichnen waren, traten in 1905 weniger in Erscheinung. Das mag in mehrreise Ursachen begründet sein. Zunächst haben die Arbeitgeber aus den Kampfjahren 1903/06 ihre Lehren gezogen und zeigten sich häufiger den Forderungen der Arbeiter entgegenkommender, dann mußten aber auch die Arbeiterorganisationen infolge des Konjunkturumschlages mit manchen an sich berechtigten Forderungen, weil zur Durchführung aussichtslos, zurückhalten. Manche Verbände waren allerdings, von diesem allgemeinen Bild abweichend, auch besonders stark in Kämpfen verwickelt. So führte beispielsweise der Zentralverband christl. Holzarbeiter einen über ein Jahr währenden Streik in Ramberg (Pfalz) gegen die dortigen Bürstenindustriellen. Der Kampf nahm besonders deshalb eine außerordentliche Schärfe an, weil auf Vermittlung des Gewerbeinspektors ein Vertrag vereinbart wurde, den die Fabrikanten jedoch bei Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Streikenden nicht gehalten haben. Dieser Vertragsbruch wurde den Fabrikanten selbst an Gerichtsstelle bestätigt. Die Arbeit wurde daraufhin wieder niedergelegt, und als die Fabrikanten jedwedes Entgegenkommen ablehnten, errichtete der christliche Holzarbeiterverband mit Unterstützung Ramberger Bürger und ehemaliger Fabrikanten eine eigene genossenschaftliche Bürstensfabrik, die mit den modernsten Maschinen eingerichtet wurde und gegenwärtig sehr gut prosperiert. Die zurzeit größte Fabrik Rambergs steht gegenwärtig völlig still und leer. Sowohl wie der zweitgrößte Betrieb wurden der Genossenschaftsfabrik bereits zum Kauf angeboten, während einer der kleineren Unternehmer bei dem neuen genossenschaftlichen Unternehmen fürzlich um Arbeit vorsprach. Die Ramberger Fabrikanten waren jedenfalls schlecht beraten, als sie allen Einwirkungen und Vermittlungsversuchen des Herrn Gewerbeinspektors sich verschlossen zeigten. Mit großen Verlusten mußten sie ihre unzählige Hartnäckigkeit büßen. Auch der christliche Lederarbeiterverband hatte einige schwere Kämpfe zu überstehen. In Witterath (bei M.-Gladbach) wurden in einer Lederfabrik systematisch Maßregelungen der Monteurarbeiter herzogen, wodurch

regeungen der Vertrauensleute vorgenommen. Deider konnte trotz 13-wöchigen Streiks den Arbeitern das Sozialisationsrecht nicht gesichert werden, weil es den Unternehmern gelang, ausländische Arbeitswillige heranzuziehen. Diese bezeichneten sich zum Teil selbst als russische Anarchisten und Revolutionäre und führten Waffen aller Art bei sich; die Polizei ließ ihnen die bekannte „Fürsorge“ angedeihen. In Wonne i. E., wo die Fabrikanten selbst organisiert waren, legten sie den Arbeitern einen Reviers vor, wonach diese bei einer Strafe von 100 % sich verpflichteten mussten, keiner Organisation sich anzuschließen. Einer Anzahl Arbeiter, die während eines Aufstandes selbst Betriebe einrichteten, wurde auf Betreiben der Fabrikanten der Bezug von Material unmöglich gemacht. Trotzdem der Staatsanwalt mehrmals auf diese Gesetzesverstöße aufmerksam gemacht wurde, hat man nichts von einem Einschreiten gehört. Die Schuhfabrikanten in Hauenstein (Pfalz) dagegen mussten sich nach einer siebenwöchentlichen Ausschaltung dazu entschließen, das Enga-

Die Verbände der Maler und Anstreicher sowie Schneider und Schneiderinnen waren im Frühjahr in größere Aussperrungen verwickelt. Den Malergehilfen wurde folgender Revers zur Unterschrift vorgelegt: „Unterzeichneter erklärt hiermit ausdrücklich, daß er weder der christlichen noch der freien Gewerkschaft angehört, und verpflichtet sich, in keiner Weise, weder moralisch noch finanziell, die streikenden und ausgesperrten Gehilfen zu unterstützen.“ Beide Aussperrungen endeten jedoch mit für die Arbeiter nicht ungünstigen Tarifverträgen. — In Nachsen lagen im Baugewerbe die Löhne noch am meisten darnieder gegenüber allen ähnlich großen Städten Deutschlands. Dennoch bedurfte es seitens des christlichen Bauhandwerkerverbandes eines mehr als viermonatigen, mit großen Kosten verbundenen Kampfes, um die dortigen Bauunternehmer zu einem angemessenen Entgegenkommen

Die erzielten materiellen Erfolge waren bei den meisten Verbänden, trotzdem die Streiks weniger häufig und umfangreich zu führen waren als in den beiden vorangegangenen Jahren, größer als früher; insbesondere trifft dieses bei den Bau-, Textil- und Metallarbeitern und während der ersten Jahreshälften zu. Aus den genauen Aufzeichnungen einiger Verbände ergibt sich folgendes:

Berufe	Mittel.
Barthausmeister und Stuhlfabrikarbeiter	15 870
Metallarbeiter	8 795
Hilfs- und Transportarbeiter	4 312
Holzarbeiter	4 298
Tiefbauarbeiter	2 136
Maler und Anstreicher	1 150
Österr. Schmiede	300

Lohnherhöhung	Mitgl.	Arbeitszeitverkürzung
0,60—8,40 % pro M.	8731	1½—9 Stunden pro M.
0,30—6,00	1285	½—12
0,90—1,40	3157	½—1½
0,75—3,20	1825	1—6
0,30—3,00	266	6—8
1,20—6,00	473	3—6
1,20—3,00		

Der Hilfs- und Transportarbeiterverband hatte mehrere Bewegungen in bayerischen Staatsbetrieben zu führen, wobei er großes Entgegenkommen fand. Meist verhandelten die Betriebsleiter direkt mit den Vertretern der Organisation, welches Verfahren jedenfalls das einfachste ist und auch am sichersten und schnellsten zu Resultaten führt. Der Lohnarbeiterverband hatte insbesondere auch in sanitärer Hinsicht Erfolge aufzuweisen; er wies seine Sekretäre an, mit den Gewerbeinspektionsbeamten eine enge Führung zu unterhalten; im besonders gesundheitsschädlichen Auslagen wurden Abänderungen herbeigeführt. Die Heimarbeiterinnen führten im M.-Gladbach-Ubezirk eine Bewegung, die 1200 Arbeiterinnen in 350 Ortschaften umfasste. Die Bewegung endete zwar nicht mit dem Abschluss eines Tarifvertrages, brachte aber eine Regulierung der Löhne und hat die Arbeitgeber zu einem Verband zusammengeführt, so daß diese jetzt selbst auf eine größere Einheitlichkeit der Löhne drängen; das Anhängen von Lohnlisten wurde ebenfalls erreicht. Auch im Gärtnergewerbe begann der Tarifgedanke stärkeren Eingang zu finden; insbesondere trifft dieses für das Ruhrgebiet zu.

Über die Beteiligung an Bewegungen und Streiks in 1907 wird über 1089 Bewegungen berichtet mit 59.718 beteiligten Personen. 291 Bewegungen mit 17.171 Beteiligten führten zu Streiks. Es sind sonach 798 = 73,2 Prozent der Bewegungen mit 42.547 = 71,2 pCt. der Beteiligten friedlich verlaufen. Ein solch großer Bruchteil der friedlich verlaufenen Bewegungen war noch nie in den vorausgegangenen Jahren zu verzeichnen. Von den geführten Streiks entfielen auf die einzelnen Streikarten:

	Anzahl	Beteiligte Personen
Angriiffstreife	189	7794
Abwehrstreife	35	2157
Wissvernehmungen	67	7220

Bewegungen und Streiks wurden allein geführt in 604, mit anderen Organisationen in 485 Fällen, während in 758 Fällen die Mehrzahl der Beteiligten christlichen Organisationen angehörten. Aus diesen Ziffern geht zweierlei hervor: zunächst führen die christlichen Gewerkschaften nicht so oft Bewegungen und Streiks, wo sie von sozialdemokratischen Organisationen dazu gedrängt werden — das beweist die große Zahl der allein geführten Bewegungen und solcher, bei denen sie die Mehrheit hatten — und dann sind den christlichen Organisationen friedliche Vereinbarungen üngenehm, als Zugeständnisse, die durch Streiks den Arbeitgebern evtl. abgerungen werden müssen. Dafür sprechen die vielen friedlich verlaufenen Bewegungen, die allerdings in erster Linie mit auf die Erstärkung der Arbeiterorganisationen zurückzuführen sein dürften. Der Streik darf sonach nicht als Zweck der Gewerkschaften betrachtet werden; die Erstärkung der Gewerkschaften an sich und die Ansammlung großer Vermögen wird die Unternehmer zu Zugeständnissen geneigter machen. Der Streik wird auf die Dauer nicht mehr den regelrechten, sondern den abnormalen gewerkschaftlichen Kampfmittel zugerechnet werden können; aber als Kampf- bzw. Schiedsmittel muss er unter allen Umständen den gewerkschaftlichen Organisationen erhalten bleiben. Die Ursachen der Streiks und Aussperrungen waren:

angesehen. 326 der geführten Bewegungen führten zu Tarifabschlüssen, während die christlichen Gewerkschaften insgesamt am Jahresabschluß an 762 Tarifabschlüssen beteiligt waren.

In diesem Zusammenhang verdient die Entwicklung der Arbeitgeberverbände kurz Erwähnung. Im allgemeinen können die Arbeitgeberverbände als Vereinigungen betrachtet werden, die sich zum Ziele setzen, ein Gegen- gewicht gegen die gewerkschaftlichen Organisationen zu bilden. Dafür spricht die Tatsache, daß die meisten der selben erst in den letzten Jahren gegründet wurden, der Zeit der stärksten Aufwärtsbewegung der gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland. Die praktische Entwicklung der letzten Jahre, besonders die Tarifbewe- gung der gewerkschaftlichen Organisationen in Deutsch- land. Die praktische Entwicklung der letzten Jahre, beson- ders die Tarifbewegung im Frühjahr 1908 hat jedoch gezeigt, daß die Arbeitgeberverbände eine ebenso not- wendige Voraussetzung sind für die volle Entfaltung des tariflichen Arbeitsverhältnisses wie die gewerkschaftlichen Organisationen. Es ist geradezu überraschend, wie in den bedeutamsten Gewerkschaften die Arbeitgeber-

den Gewerbeverbänden die Arbeitgeberverbände den Scharfmacherstandpunkt verlassen mussten und zur praktischen Tarifarbeit gedrängt wurden. Für das Bau-, Maler-, Zimmer- und Schreinergewerbe sind in jüngster Zeit zum ersten Male für das ganze Deutsche Reich geltende einheitliche Tarifbestimmungen vereinbart ohne Streit. Der Erfolg ist überraschend, wenn man bedenkt, wie von scharfmacherischer Seite stets gegen die Tarifbewegung gehetzt wurde. Die bessere Einsicht der Arbeitgeber ist wesentlich eine Frucht der klugen Taktik der Gewerkschaftsführer. Bei den gemeinsamen Vertratungen der Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften gaben die realen Tatsachen den Ausschlag; billige Agitationsphrasen werden dabei ebenso störend empfunden als öde Scharfmachersczenen. So waren äußerst

auszuwählen, als ob die Schriftmacherei. In ihrer äußeren Form passten sich die Arbeitgeberverbände den Gewerkschaften an, d. h. sie zentralisierten sich in der Form von Bünden, die sich über ganz Deutschland erstreckten. Im Jahre 1907 ist zum ersten Mal ein grundlegendes Werk über die Arbeitgeberverbände, ihre Organisation und Aufgaben erschienen von Dr. Gerh. Keffeler (herausgegeben vom Verein für Sozialpolitik, Verlag von Duncker und Humblot, Leipzig). Die Arbeitgeberbewegung steht jetzt am Anfang ihrer Entwicklung. Die christlichen Gewerkschaften können und wünschen, daß sie sich im Sinne einer sozialen Versöhnungsarbeit ausbildet, was um so mehr geschehen wird, je nachvoller die Gewerkschaften bestehen. Der soziale Ausgleich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird nicht die Frucht sentimentaler Gefühlsregungen sein, sondern die bewußte Anpassung an die

Das Jahr 1907 war mithin für die praktische Tätigkeit der christlichen Gemeinschaften ein fruchtbare. So wird es auch in der Folgezeit bleiben, wenn alle ihre Mitglieder die Zeit verstehen und ihren Erfordernissen Rechnung tragen.

Hinterher gesandten schwungvollen Jubelzetteln zurück sollte man annehmen, daß wir nach alldem nurme heraus" sein müßten. Nun konnte doch der Stolze Börse in seiner ganzen erhabenen Gestalt sich wieder nachdem die Börse bislang, der Ruine gleich, abseits des Stromes ein kümmerliches Dasein führen muste. So standamals durch die Lieder der Sehnsucht nach der Gesehensrung hindurch: „Wanderer! es ziemt dir wohl, in den Ruinen zu schlummern; — Träumend baust du vielleicht sie wieder dir auf.“ Und jetzt nachdem der Traum in E gegangen? Borderhand ist im großen und ganzen noch beim alten geblieben und das Feier ist durchaus nicht hellen Ton von der Freude gestimmt. „Felt haben willt beispielsweise die „Frank. Btg.“, „billiges Glück ein neues Börsengesetz, und doch fehlt alles, um bei der Industrie und dem Handel wieder auf die Beine zu setzen. Es hat durchaus den Auschein, als ob noch viel dazu gehört, bis endlich wieder die Industrien sich wieder vor allen Dingen auch, bis das Publikum die Lust verspüren wird, sich an der Börse wieder lebhaft beteiligen.“ Das böse Publikum! Dabei kann man eben gar nicht einmal unrecht geben, denn die Unzufriedenheit der angeblichsten Lage vermag alles eher, als zartigen Unternehmungen anzulocken. Wenn dichter herrscht, fahren die Schiffer mit äußerster Vorsicht.

Greifen wir zur Orientierung auf eine der wichtigsten Industrien zurück, auf das deutsche Stahl- und Eisen- und Guß- und Walzwerk. Die schon zweiten zitierte „Frankf. Ztg.“ hat durch die Einführung eingehender Informationen an Ort und Stelle des vorigen Monats eine Artikelserie veröffentlicht, aus deren Mitteilungen ergibt sich das wenig erfreuliche Resultat, daß die Konjunkturverschlechterung in der Industrie so lange ist, daß die Aussichten noch schlechter als die der Lage erscheinen, und daß man allgemein von dem Frühjahr Besserung erhofft. Wofür eine Beruhigung auf eine noch liegende Zeit! Allerdings wird die bittere Spur etwas durch den Hinweis, daß der Aufwärtsgang der Konjunktur ebenfalls langsam ist, weghabt, das deutsche Werk Leben im ganzen für gesund gehalten wird, erklärt werden. — „Was ähnliches meinen wir übrigens auch dieser Tage zu unserer Abgeordneten Dr. Werner, welches dieser am 10. Juni in Düsseldorf abgehalteten Hauptversammlung des Vereins zur Befahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ hieß, gelesen zu können, bezeichnete darin der Zustand, in dem wir uns befinden, als Abschaltung, zu der wir durch einen allmählichen, unentfernbaren Übergang von der Hochkonjunktur gelommen sind. Nun entsteht allerdings die Frage, ob eine derart schleichende Krankheit als ein besonderer Vorzug anzusehen ist, können uns den Erwagungen nicht ganz verschließen. Eine sozialdemokratische Korrespondenz in dieser Beziehung schreibt, wobei sie zur der Schlußfolgerung gelangt: „Das Werk, worauf es ankommt, ist der Grad der Einschränkung der Produktion. Eine kurze, starke Unterbrechung ist in der Gesamtentwicklung schließlich weniger schmerhaft, als ein lang andauerndes Aufhalten auf der Wirtschaftsbahn, besonders dann, wenn ein Punkt erreicht wird, der eine umfangreiche Brachfläche der Arbeitskräfte bedingt und der Erholungszustand langsam ist. — In einer Befürchtung in letzterer Richtung ist nichts oben dargetan, aller Grund vorhanden.“

Worüber in der Eisenindustrie hauptsächlich geklagt wird, ist zunächst das Fehlen der Randschaft. Der Bedarf an Erzgrößerungen ist besiegt. Als ein wesentlicher Faktor kommt aber auch das Tarifniedersiegen der Baufähigkeit dar, und die Werke durchgehends gezwungen, auf Lager zu arbeiten. Beschäftigung der großen Stahlwerke beläuft sich momentan auf 75 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit. Die Produktion in Hohenstein geht nur langsam zurück, aber die Stahlwerke schnell an. Sie sind für Thyrolf von 440 000 auf 520 000 Tonnen gestiegen, sie sind damit schätzungsweise wieder soviel wie vor Beginn des Aufschwunges. In den Jahren 1900-1901 ist auffällig, daß trotzdem die Einfuhr von ausländischen Stahlwerken sehr groß ist. Die einen führen diese merkwürdige Reise auf die noch bestehenden alten Abschüsse mit dem Ausland, andere aber machen dafür die veraltete Politik des sselbörser Hohensteinschmids verantwortlich, daß viel zu Gegenfahrt zum lothringischen, dem Preisrückgang auf dem Markt gefolgt sei: — Angeichts der schlechten Situation im gewerbe erscheint die Lage des Kohlenbergbaues noch bedenkwert glücklich. Der Konjunkturrückgang zeigt sich hauptsächlich in dem schnellen Rückgang des Produktionsvolumens von 30 Prozent der Beteiligung. Die Läger in Rottweil betrugen der letzten Feststellung vor einigen Wochen etwa 100 000 Tonnen. Die dadurch entstehenden Kosten werben mehr als 100 Millionen durch die mit den Kokereien verbundenen Nebenprodukte. Diese sind für die großen Stahlwerke nachgerade kostspielig geworden, daß man eher die Nebenprodukte als Rohstoffe und den Stahl als Nebenprodukt bezeichnen könnte. Bleibt aber dabei, daß auch der Bergbau unter der ungünstigen Wirtschaftslage zu leiden hat. Eine Reihe von Mergelbauen auch hier den Rückgang an. Insbesondere ist bemerkenswert, daß sich die — unter Lohnkürzungen und bei verkehrsschwierigkeiten vor sich gegangene — Vermehrung der Bauten im ersten Quartal d. J. im zweiten nicht mehr fortgesetzt. Auch im Bergbau sind vielmehr schon Entlassungen

Eine der am meisten notleidenden Industrien ist zweifellos das Textilgewerbe. Es ist in einem der niederrheinischen Industriegebiete. Ich werfe während meiner Arbeit wieder einen Blick auf die Straße. Sie ist belebt, he

Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte.

zur Lage. — Kohlen- und Eisengewerbe. —
Textilindustrie. — Arbeitsmarkt.

Höhere Lohnforderungen	126
Arbeitszeitverkürzungen	8
Abwehr gegen Verschlechterungen	96
Somtige Urläufe	26
	35

Von den Streifz und Aussperrungen verfießen:

	erfolgreich	teilw. erfolgreich	erfolglos
Angriffstreis.	71	76	42
Verteidigungsreis.	11	18	6
Ausweichen	26	25	16

Wie in den früheren Jahren sollt auch jetzt wieder auf, daß die Mehrzahl der Aussperrungen nicht nach dem Wunsche des Arbeitgeber verlaufen. Zu der Regel erfreuen Aussperrungen sich auf größere Bezirke mit ungleichmäßigen Arbeitsbedingungen und eine möglichste Gleichmäßigkeit herbeizuführen, liegt auch im Interesse der Unternehmer, so daß insbesondere für die beteiligten, am schlechteren gestellten Arbeitern meist Verbesserungen erzielt werden. Die Aussperrungen werden daher in Unternehmensbezirken immer weniger als Mittelmittel

such schimmernden Steinen zeigt, ist entschieden reizvoller als ein Dach mit eingelegten Mustern, welche gerade durch ihre Körteitheit störend wären. Unglücklich wirkt auch fast immer ein auf Schalung eingedecktes Dach, während bei Lattendächern schon von selbst die Struktur lebhafter und beweglicher erscheint. Endlich soll e man die Rauten der Schieferplatten nicht so genau behauen oder beschneiden. Das Dach würde weit besser aus, wenn es etwas rauher behandelt würde, etwa wie die schieferebenden Wand- und Dachflächen der alten Häuschen im Suppertal, welche bis auf den heutigen Tag, ungeachtet der äußerst primitiven architektonischen Mittel, einen in ihnen Reiz bewahrt haben.

Damit komme ich zu einem anderen Kapitel, welches hier nicht übergangen werden kann. Das Baumaterial soll einen besonderen Charakter haben. Wenn wir von erhöhtem Punkte aus auf die Dächer einer Stadt hinabblicken, so wird dieselbe uns charakteristisch erscheinen, wenn überall, oder wenigstens fast überall, dasselbe Dachdeckungsmaterial gewählt ist. Ich denke da z. B. an den ungleichen Eindruck der Stadt Hirschberg in Schlesien. Das Dachdeckungsmaterial bestimmt ja auch die Rügung der Dachflächen und gibt bei einfacheren Gebäuden überhaupt dem Ganzen den Charakter. Es ist doch nur natürlich, sich das Material aus der Nachbarschaft zu holen und es nicht aus weiter Ferne kommen zu lassen. Man sieht sich die Hirschberger Häuschen mit den einheitlichen roten Ziegeldächern ins Wuppertal versetzt und die Wupperländer Häuschen mit der charakteristischen Schieferbedeckung.

ung in das schlesische Gebirgstal. Das hieße eben schaffen ihren architektonischen Charakter, nehm die modernen Großstädte haben, in der Tat leidkrafter. Viele meinen vielleicht, daß die Wahl vbenartigen Materials eine große Mannigfaltigkeit. Tatsache ist aber, daß gerade die Möglichkeit, Stoffe aus entfernten Gegenden heranzuschaffen, hoden ein so einsformiges Gepräge gibt. Da wird altheinander gerührt, und so kommt es, daß die archit. Bilder mehr und mehr verschwinden, daß die Dänen nicht mehr ihre architektonische Besonderheit haben, welche in hohem Grade von dem Material abhängt.

Aus alledem geht sicher hervor, daß das Dach
ein wichtiges Architekturglied ist und daß nicht nur
Richtung und Gestalt desselben von zielbewußten Archi-
tekten zu berücksichtigen wäre. Struktur, Färbung, Lek-
tukter sind ebenso wichtige Faktoren. Möge immerhin
Berlin das praktisch-nüchterne Hoffzementdach, das
klassizistischer Hinsicht überhaupt kein Dach ist und
das nach der Straße hin durch eine steife, charak-
teristische Schiefer belegte Platte verdeckt wird, seine
weitere Verbreitung finden. Vielleicht ist dieses Dach
die Berliner Mietskasernen auch charakteristisch. All-
ähnlich wie doch die Städte, welche überhaupt noch ein
Schloß besitzen, vor dieser Verflachung des Geschmackes
das Dachheindenken sollte zu einer Kunst entwicke-

in denen, die da gehen, mögen sich nicht mit dem Gedanken tragen, daß sie den Trubel für einige Augenblicke das Unbehagen ihrer Lage vergessen machen werden. Gestern erzählten wir und auch heute, daß weitere Betriebsbeschränkungen damit ohne belangtragende Beschneidung der Zahl der Vorstundensitzungen zu befürchten seien. In dieser Woche vollends, sobald die Stimmung ist und nachher katholischer Feiertag, soll ebenfalls erst Freitag mit der Arbeit begonnen werden. Bittere Herzen in den für die Arbeiter auch so niedrig gefüllten Becher sind liebrigend hat sich allgemein der Arbeitsmarkt noch weiter, in ausschlagendem Maße verschlechtert. Ein Mai brachte den Anfang Arbeitssuchender so unerhebliche Vermehrung, wie seit langen Jahren kein einziger Monat. Der Andrang verdeckt sich ja im Mai regelmäig, aber der Grad der diesjährigen Vernahme ist außerordentlich groß und war im Mai des Jahres 1908 war er noch stärker. Auf 1000 offene Stellen kamen im Mai d. J. 161,5 Arbeitssuchende, gegen 141,8 im April und nur 93,7 im Mai des Jahres 1908. Der Andrang ist also von April auf Mai um 19,7 gewachsen und steht um 57,8 über dem vorjährigen Vorjahr. So sei denn auch alles unter der drückenden Last und hält es schwer, sich in einer hoffnungsfrohen Stimmung zu freuen.

Rundschau.

Der „neutrale“ Centralverband deutscher Konsumvereine. (Siehe Hamburg.) Ähnlich wie der kürzlich stattgefundenen Konsumentenkongress sahen sich die süddeutschen Konsumvereine, die sogenannten Centralverbände angeschlossen sind, auf ihrem vorliegenden Centralverbandstage in Böblingen am 28. Mai veranlaßt, eine Resolution anzunehmen, wonach es unwahr sei, daß die den Centralverbände angeschlossenen Vereine die Sozialdemokratie unterstützen. Gute Beweise dieser „Neutralität“ wurde im Verlauf der Berhandlungen folgende Erklärung angenommen:

„Da entsprechend ihrem Grundsatz der Neutralität, die Konsumvereine des Centralverbands jedem Vollzogenen ihrer Tore öffnen und die Mitgliedschaft nicht an eine bestimmte politische oder religiöse Überzeugung knüpft, oder Achtung einer bestimmter politischer oder religiöser Überzeugungen von der Centralverbandschaft ausschließt, so ist die Verteilung von Tarifvereinbarungen, daß die betreffenden Gewerksvereine sich auf einen gleichen Boden der Neutralität stellen wie die Genossenschaften des Centralverbands deutscher Konsumvereine, da eine Genossenschaft mit keiner Gewerkschaft in Tarifvertrag stehen kann, die in seindeliger Weise einen Teil der Genossenschaftsmitglieder vor der Mitgliedschaft zur Gewerkschaft auch dann ausschließt, wenn diese Mitglieder Arbeiter des durch die Gewerkschaften repräsentierten Berufes sind. Unter dieser Voraussetzung der beiderseitigen Neutralität bei der Annahme von Mitgliedern ist der Vorstand des Centralverbands deutscher Konsumvereine bereit, vorbehaltlich der Zustimmung der entscheidenden Instanzen, mit Gewerkschaften und Gewerkschaftsräten über Verteilung Tarifvereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den genossenschaftlichen Betrieben des Centralverbands beschäftigten Angestellten und Arbeitern abzuschließen, bzw. zur Zeit geltende Lohn- und Arbeitsrufe, die mit einer Gewerkschaft vereinbart sind, auf die übrigen Gewerkschaften desselben Berufes auszuweiten. Abnehmer muß es dagegen der Vorstand des Centralverbands deutscher Konsumvereine, in den zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen etwa bestehenden Differenzen Partei zu ergreifen, da solches mit dem Grundsatz der Neutralität des Centralverbands unvereinbar sein würde.“

Höher geht die Heuchelei nicht. Um die christlichen Gewerkschaften von den Tarifverträgen mit den Konsumvereinen zu trennen, wurde diese vom „Neutralität“ triefende Erklärung genommen. Als „neutrale“ Organisationen werden natürlich die „freien“ Gewerkschaften angesehen, die jeden Vollzogenen ohne Rücksicht auf seine politische oder religiöse „Überzeugung“ aufnehmen. Das kommt dem Ausschluß christlicher Arbeitgeber an den Rauten sozialdemokratischer Gewerkschaftshäuser zu, wie wir das des öfteren erlebt haben — beinahe gleich die „Neutralität“ des Centralverbands deutscher Konsumvereine (Siehe Hamburg) muss daher der „Neutralität“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften absolut gleichgestellt werden.

Bor wo ging der Kampf gegen die Privatbeamten und Kaufleute aus? Die Frage beantwortete in bemerkenswerter Weise in einer Protokollversammlung des Vereins der deutschen Kaufleute am 18. Juni in Frankfurt a. M. gegen den Geheimrat der bayerischen Metallindustriellen, der Referent des Abends, L. Grünthal aus Nürnberg, dahin:

„Vor Augsburg, wo die ersten gelben Gewerkschaften gegründet wurden, ist auch der erste Vorstoß gegen die Organisation der technischen und kaufmännischen Privatbeamten ausgegangen.“

Also von Augsburg, ist er ausgegangen! Das kann nicht wundern, denn wer das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht beachtet, sie vielmehr in die charakterlosen gesetzten Organisationen hineininterpretiert, um sich so gefügige Elemente zu erhalten, der wird auch das Koalitionsrecht der Beamten nicht respektieren. Wie auch geschehen. Leider geben sich aber manche Beamte als Helferhälter zur Gründung und Erhaltung solch gelber Gewerkschaften. Hier können sie nun lernen, daß auch sie in die gleiche Schlinge geraten können. Daher versprechen wir uns von dem Vorgehen der bayerischen Metallindustriellen nach dieser Richtung in manche Besserung. Es führt denn auch obengenannte Redner aus, den Vorwurf der bayerischen Metallindustriellen, der Bund habe sich zur Gewerkschaft erniedrigt, könne nun sich leichtig gefallen lassen.

Leider schätzen die bayerischen Metallindustriellen unter dem allgemeinen Entzüstungszustand, den ihr Vorgehen hervorgerufen hat, den Rückzug antreten zu wollen. Der Vorstand des Centralverbands genannter Industrieller sah es nämlich am 16. Juni folgenden Beschuß:

„Der Beschuß vom 21. Mai 1908 und die an die Mitglieder hinausgegebene Warnung vor den Angehörigen der im Schreiben vom 3. Juni 1908 bezeichneten Verbände beruht nach Überzeugung des Vorstandes auf einer tatsächlichen Prüfung der Tendenzen der einzelnen Verbände auf Grund vorliegender Beurteilungen des Centralverbands. Mittlerweile ist von verschiedenen Seiten dem Vorstand Material erbracht worden, welches denselben veranlaßt, in eine wiederholte Prüfung der Frage einzutreten und bis zu deren Erfüllung seinen Mitgliedern einen Aufdruck der Befragung des Centralverbands vom 3. Juni 1908 zu empfehlen. Der Vorstand wird gleichzeitig den im Rundschreiben bezeichneten Verbänden Gelegenheit geben, über ihre prinzipielle Stellungnahme dem Arbeitgeber gegenüber sich zu äußern und allenfalls irgendeine Artikulation hierüber zu berichten. bemerkt wird, daß der Zentralverband in den Beschuß niemals einbezogen war. Der Vorstand des Centralverbands bayerischen Metallindustrieller. L. Grünthal, Vorsteher.“

Dieser Beschuß spiegelt die Verlegenheit wieder, in der sich die bayerischen Metallindustriellen befinden, es wollte denn keiner den Anstoß zu dem Geheimerlief gegeben haben. Inzwischen erfahren die Angestelltenverbände eine beträchtliche Erleichterung. Das ist die „Kraft“, die jetzt das Volk will und nur das Gute schafft.

Merze und Krankenfassen. Am 11. und 12. Juni fand in Berlin im Reichsrat des Innern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollauff eine Konferenz zur Regelung der Merzefrage gegenüber den Krankenfassen statt. An derselben nahmen eine Reihe von Staatsbehörden, die Vertreter der Versicherung, der Krankenfassen und einer Delegation von Gemeindebehörden teil. In der Haupthandelschule trat es sich um die Einführung der freien Merzewahl bei den Krankenfassen. Wie die „Bess. Bdg.“ mitteilt, ist mit der geistlichen Einführung der freien Merzewahl bei den Krankenfassen nicht zu rechnen. Dafür sind die Schwierigkeiten zu groß. Jedoch soll das Vertragsgeschäft zwischen Versicherten und Krankenfassen in der kommenden Gesetzgebungsperiode durch Einführung obligatorischer Schiedsgerichte und Eingangsabmessen seine Regelung finden. Nach dem „Vormärz“ sollen die Vertreter des Leipziger Zeitungsbundes sehr schlecht abgeschnitten haben. Das Blatt bezeichnet die Konferenz als eine Anklagebank für den Leipziger Vertragverbund, wobei ein preußischer Staatsminister den Bockfisch und Zwangsarzte, Großindustrielle, Direktoren und Massenvertreter als Ankläger und Zeugen aufgetreten seien. Das vorgebrachte Material habe selbst bei dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollauff Kopfschütteln erregt. Es ist nun einmal so, daß man immer die Grenze erkennen soll, die zu überschreiten, sich selbst rächt. Das muß auch der Leipziger Vertragverbund, der in seiner Rücksichtslosigkeit fast kein Auge kennt, erfahren. Und je länger, desto deutlicher zeigt es sich, daß die allgemeine Einführung der freien Merzewahl für die Krankenfassen eine Unmöglichkeit ist, wollen sie sich nicht selbst zugrunde richten.

Nus Württemberg. Ein Kollege schreibt uns: In den Bahnhöfen beginnt es sich beim Anbruch der schönen Jahreszeit zu regen. Wie draußen das frische Grün, der lachende Sonnenchein bei Ausflügen an Festtagen des Arbeiters Herz höher schlagen lassen, so geschieht es auch im Gewerkschaftsleben. Auch hier Sonnenstein — neues Leben. Und das mit Recht. Bedürfen wir doch gerade in Württemberg eines nicht milde verbündeten frischen Werbegeistes bei unseren Kollegen, damit die Mitgliederzahlen sich nicht als bisher verstärken. Wenn im Nachbarlande, in Baden, heute ca. 11 000 christliche Gewerkschafter unter unsere Fahne sich geschickt haben, sollte das in Württemberg nicht auch erreicht werden? O, doch, unser Schwabenland verfügt über etwa 160 000 Industriearbeiter. Organisiert sind ca. 60 000. Das Feld für unsere Werbearbeit ist also noch sehr groß: 100 000 Arbeiter stehen den Gewerkschaften noch fern. Wer ertritt will, muß aber sein! Die bleibfähige Aufgabe der württembergischen Kollegen besteht darin, die badischen Kollegen an Mitgliederzahlen einzuholen. — Das geht nicht? O, ja. Es geht, wenn jedes unserer 4000 Mitglieder in Württemberg bis zum Jahresende unter vier 2000 Mitglieder in Württemberg bis zum Jahresende schlüssig nur zwei — nur zwei — neue Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zufügt. Damit kommen wir sogar in Württemberg auf 12 000 Mitglieder. Also Kollegen im Schwabenland: An die Arbeit! Wer hilft mir?

Generalansprache im Baugewerbe Schwedens. Vor große Bauarbeiterkampf in Stockholm ist bis heute noch nicht erledigt, trotz aller Einigungsbemühungen. Der Centralarbeitsverband hat nun mehr beschlossen, den Kampf auf das ganze Land auszudehnen. zunächst auf das mittlere Schweden, und dann, wenn bis zum 4. Juli die Gewerkschafter sich nicht unterworfen haben, auf das ganze Land. Den Ortsvereinen soll es abschaffen verboten sein, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Vorläufig sollen 20 000 Bauarbeiter betroffen werden und später weitere 15 000. Das zieht wirklich nach Schornmacherpraktiken aus Deutschland. Ob sich die Schweden in Deutschland diesen Platz geholt haben? Fast scheint es so. Auf den Ausgang dieses Kampfes kann man immerhin gespannt sein.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang fernhalten: Weissenburg f. G., Ansprechpartner: Maurer, Bimmerer und Pauchilsarbeiter. Aufstand und Werkstattarbeiter (Arbeitsleiter). Gleichzeitig ist das Unternehmen Hettmann in Weißensee, Ospr., Sa. Ig. Württemberg. G. d. Öberg a. Rh., Sperre über die Firma Westen, 161,8 (Maurer), Wiss. (Maurer), Dortmund, Sperre über die Firma Leissner wegen Nichtbezahlung des tariflichen Gehaltes (Maurer und Pauchilsarbeiter).

Schiedsgericht für das Stukkaturengewerbe.

Auf Veranlassung des Schiedsgerichtscollegiums fand am Montag, den 15. Juni eine Verhandlung in Essen statt, um den Herrn die streitigen Punkte des Vertrages vorzutragen. Nach Anhörung der beteiligten Parteien ist dann nachstehender Schiedsentscheid gefällt worden. Bereitigt sind die Volksgebiete Bochum, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Herne-Recklinghausen, Wanne und Unna-Camen.

Schiedsgericht für das Stukkaturengewerbe.

1. Die normale Arbeitszeit bleibt für die Vertragsarbeiter wie bisher auf 10 Stunden, für Bochum und Dortmund auf 9½ Stunden bestehen.

2. § 2 ist als zweiter Absatz einzufügen:

„Bei die Lohnverhältnisse es nicht gestatten, kann die Arbeitszeit in der Zeit vom 16. Dezember bis 15. Januar für Außenarbeiten auf 7½ Stunden verkürzt werden.“

3. Der Schlußabsatz des § 2 bleibt bestehen; nur hat es statt: „Bei ausreichenden Lohnverhältnissen“ „Bei ausreichender Bedeutung“ zu lauten.

4. Als protokollarische Erklärung zu § 3 ist anzunehmen:

„Arbeitsstunden sollen nur gemacht werden, wenn die Errichtung weiterer Arbeitsräume nicht möglich ist.“

5. Der Antrag der Arbeitgeber, im § 3, Abs. 1 die Worte auf Verlangen des Arbeitgebers“ einzufügen, wird abgelehnt.

6. Die Stundenlohn für Baustütztaufen und Werkstattstukkaturen bestimmen sich für die beiden Vertragsjahre nach der in dem § 4 des Vertrages eingefügten Übersicht für die hierauf aufgeführten Lohngebiete.

7. § 4 ist als Absatz 2 einzufügen:

„Zur Lohngebiet Essen erhalten Bürger einen Stundenlohn von 55 Pf. und vom 1. April 1909 ab von 56 Pf.“

für Stahlarbeiten wird, falls sie nicht von Stahlarbeiten ausgeführt werden, ein Zuschlag von 2 Pf. für die Stunde gezahlt.

8. Im § 4, Abs. 1 ist hinter dem Worte „festgesetzt“ einzufügen:

„mit der Maßgabe, daß Baustütztaufen und Werkstattstukkaturen zu einer angemesseneren Gegenleistung verpflichtet sind, und daß die Baustütztaufen nach Leistung arbeiten können.“

9. Um Zusätzungen zu den Stundenlohn werden festgesetzt: für Überstunden 25 Prozent, für Nacharbeit, sowie für Arbeiten am Sonn- und gesetzlichen Feiertagen 100 Prozent.

10. Hinter § 4, Absatz 4 ist einzufügen:

„Sachliche gilt für Junggesellen im ersten und zweiten Jahre nach vollendetem Lehrling, sowie für jugendliche Arbeiter (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr), wobei jedoch der Lohn im ersten Jahre nicht unter 42 und im zweiten Jahre nicht unter 45 Pf. festgesetzt werden darf.“

11. § 4, Absatz 3 ist hinzuzufügen:

„In die Nacharbeit wird, soweit das Vertragsjahr 1908 in Betracht kommt, eine Stunde Lohnpauschale als Arbeitszeit eingerechnet.“

12. Die protokollarische Erklärung zu § 4 hat zu lauten:

„Gesessen anderer Arbeitgeber, die sich auf eine Zeitungsanzeige für eine bestimmte auswärtige Arbeit melden, gelten als „Jugendliche“, auch wenn die Bestimmungen für Jugendliche nicht Anwendung finden. Gesessen, die vom Arbeitgeber entlassen werden, in der Absicht, sie bei auswärtigen Arbeiten zu beschäftigen, gelten, wenn sie diese Arbeit annehmen, nicht als „Jugendliche“.“

auf sie keine Anwendung finden. Gesessen, die vom Arbeitgeber entlassen werden, in der Absicht, sie bei auswärtigen Arbeiten zu beschäftigen, gelten, wenn sie diese Arbeit annehmen, nicht als „Jugendliche“.

13. In § 7 ist als Absatz 2 einzufügen:

„Bei Massentilgungen ist der Lohn spätestens am letzten Tag nach Arbeitsauskunft zu zahlen.“

14. In § 10, Absatz 1 ist das Wort „Buhalten“ einzufügen.

15. Die Parteien haben bis Donnerstag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr, dem Collegium der Imparitätischen in Essen, Rathaus, die Annahme oder Ablehnung des Schiedsgerichts anzutreten.

Gruß u. c.

zu 1. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, wie sie von den Arbeitern gefordert wird, würde eine so erhebliche Lohn erhöhung bedingen, wie sie unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch Auffassung des Schiedsgerichts nicht wohl durchführbar ist.

In den Lohngebieten, wo sich die längere Arbeitszeit bereits eingebürgert hat, erscheint es nicht angezeigt, durch eine Verkürzung eine Veränderung dieser Verhältnisse herbeizuführen. Zu 2. Wie im Baugewerbe auch hier auf die Jahreszeit wenigstens für Außenarbeiten, entsprechende Abschläge zu machen, sind die Außenarbeiten nicht ausreichend einzubeziehen.

Zu 3. Die Verkürzung der Arbeitszeit in den Wintermonaten hat ihre Ursache in der erhöhten Unfallgefahr und in der unmöglichkeit, die Arbeit sorgfältig auszuführen. So beides durch eine ausreichende Beliebung behoben ist, liegt keine Veranlassung zu dieser Verkürzung vor. Der dazugehörige Auftrag der Arbeitgeberorganisationen war daher abzulehnen.

Zu 4. Die Annahme dieser Bestimmung als protokollarische Erklärung reicht reichlich aus.

Zu 5. Der beantragte Zusatz entbehrt der praktischen Bedeutung, da tatsächlich der Arbeitgeber die Veranlassung zu den Überstunden gibt und Nebentätigkeiten wider keinen Wissen überhaupt nicht gemacht werden können.

Zu 6. Da das Stukkaturengewerbe mit dem Baugewerbe im engsten Zusammenhang steht, gelten für die Regelung des Lohnes, was in die Schiedsgerichtsgerichte, die in dem Vertragsabkommen die Schiedsgerichtsgerichte sind. Eine Lohnverkürzung in dem von den Arbeitgeberorganisationen gegebenen Maßstab ist daher ganz ausgeschlossen. Innerhalb ist hier, wo es sich um einen Vertrag nur für das rheinisch-westfälische Industriegebiet handelt, auf die eigenartigen Verhältnisse dieses Gebietes, insbesondere auf die nicht unerhebliche Bedeutung der ganzen Lebenshaltung in höherer Lage Rheinland zu nehmen, als dies bei dem Berliner Schiedsgericht geschehen konnte, wo die Verhältnisse des ganzen Deutschen Reiches zu berücksichtigen waren und daher die Sonderverhältnisse einzelner Gebiete nicht gebührend in Rechnung gestellt werden konnten.

Durch die Verhandlungen und durch die eingezogenen Erklärungen hat das Schiedsgericht die Überzeugung gewonnen, daß in Gießen sich nach Ablauf des dortigen Vertrages zurzeit tatsächlich ein Lohn von 65 Pfennig gezielt wird. Dieser Satz ist für Gießen sicher schon mit Rücksicht auf den Lohn in den benachbarten tatsächlichigen Gebieten Böhmen, Bremen und Württemberg angemessen.

Zu 7. Es liegt keine ausreichende Veranlassung vor, an den bisher in Essen bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern. Die gegenwärtigen Anträge der Arbeitgeberorganisationen müssen daher abgelehnt werden.

Zu 8. Beide Parteien haben ein lebhafte Interesse daran, daß im Stukkaturengewerbe nur gute qualifizierte und entsprechende Arbeit leistende Gehilfen tätig sind. Aus diesem Grunde ist die bisher in allen Verträgen des Betriebsvertrages enthaltene Bestimmung über die besondere Leistungsfähigkeit der Stukkaturen nach Ansicht des Schiedsgerichts beizubehalten. Die Angemessenheit der Gegenleistung bekommt sich wie bisher nach einem Leistungstacis, das zwischen den örtlichen Organisationen zu vereinbaren ist. Der Tarif ist unter Berücksichtigung normaler Verhältnisse so aufzustellen, daß er auch von Durchschnittsarbeitern erreicht wird.

Zu 9. Im Interesse der Vereinheitlichung empfiehlt sich eine Ausgleichung der verschiedenen Ansätze.

Da beide Parteien für Beibehaltung von Mindestgrenzen sind, wie sie in den meisten Lohngebieten bereits bestehen, ist nur deren Höhe streitig. Es kommt sich daher darin das Schiedsgericht unter Berücksichtigung des Landes, daß es sich um eine unterste Grenze für die freie Lohnvereinbarung handelt, nur dahin entscheiden, die höchste Säge für das ganze Vertragsgebiet je zu ziehen, die bisher in der Hauptfrage vorhanden waren, wobei der Einheitsstaat darüber der Mindestlohn für das erste Jahr auf 42 Pf. festgesetzt war.

Zu 10. Das Schiedsgericht ist grundsätzlich der Auffassung, daß mit diesen Sätzen bezahlt werden sollen, in denen gearbeitet wird. Dies verhindert nach heutiger Fassung zu finden, ist der protokollarischen Erklärung der geänderte Tarif gegeben worden.

Zu 11. Die Auffassung ist grundsätzlich der Auffassung, daß mit diesen Sätzen bezahlt werden sollen, in denen gearbeitet wird. Dies verhindert nach heutiger Fassung zu finden, ist der protokollarischen Erklärung der geänderte Tarif gegeben worden.

Zu 12. Die Auffassung ist grundsätzlich der Auffassung, daß mit diesen Sätzen bezahlt werden sollen,

6. Juni noch einmal eine Sitzung statt. Nach 2½ stündiger Beratung wurde folgende Einigung erzielt: Der Lohn der Maurer steigt vom 1. Juli 1908 von 42 auf 44 Pf. vom 1. April 1909 beträgt derselbe 46 Pf. Der Lohn der Bauhüttsarbeiter steigt in der gleichen Weise und beträgt 7 Pf. pro Stunde weniger als der Gesellenlohn. Die Arbeitszeit beträgt 10½ Stunden und vom Jahre 1910 ab soll dann die 10stündige Arbeitszeit eingeführt werden. Auf Grund dieser Vereinbarung wurde ein vollständiger Tarif abgeschlossen, welcher Gültigkeit hat vom 1. Juli 1908 bis 31. März 1910. Die Mitgliederversammlung nahm zu diesem Angebot Stellung und erklärte sich damit einverstanden, und zwar aus dem Grunde, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Baugewerbe nicht mehr zu erreichen war. Bedauert wurde auch eben alles, daß die 10stündige Arbeitszeit nicht gleich durchgeführt werden konnte. Nachdem Kollege Werner, welcher als Bevollmächtigter die Verhandlungen mitgeführt hat, nochmals genügend Auskunft gegeben hatte, erklärten die Kollegen volles Einverständnis und sprachen der Sonderkommission volles Vertrauen aus für ihre Arbeit. — Kollegen von Steinhausen und Umgegend! In diesem Erfolg könne ihr ehemessen, was ein festes Zusammenhalten vermag. Darum heißt es jetzt festzuhalten zur Organisation, damit das Ergründete auch hoch gehalten wird. Es darf nun eine tatkraftige Agitation jetzt eingesetzen, damit auch der letzte arbeitsstehende Kollege dem Zentralverbande christlicher Bauhandwerker und Bauhüttsarbeiter Deutschlands zugeschafft wird. Kritisch auf demnau, die Umgegend von Steinhausen bietet ein reiches Arbeitsfeld.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Maurer.

Julius Gehl, der ehemalige Vorsitzende der anarcho-sozialistischen Maurer Berlins und jüngerer wohlfesthalter Baubausleiter für Danzig des jahrelang von ihm in wütendster Weise befürworteten Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, kann seinen Schmerz über die Erfolglosigkeit seiner Aktion in Königsberg nicht verbergen. Er stimmt in Nr. 25 des „Grundstein“ eine reine Sammertafade an, die den Anger über den beabsichtigten, aber misslungenen Fischzug unter den Königsberger Christlichen so recht erkennen läßt. Er redet daher vom „Kneifen“ der Christlichen, die christlichen Schäfchen hätten die Sünden ihrer kommen führen sich hören sollen usw. Alsdann greift er mich persönlich an, ich hätte eine „hüne Schimpftafade“ gegen ihn unternommen, und streut so nebenhin wie auf die Fehler des „Grundstein“ berechnete Bemerkung, wo dieser „Berliner“ Meier hergekommen sei, wisse man nicht, vielleicht sei er einer von denen, die früher dem Zentralverband der Maurer Deutschlands angehörten, denen aber aus guten Gründen die Türe gewiesen wurde.

Zunächst, „Genosse Gehl“, haben die Königsberger Kollegen erkannt, daß die christliche Organisation ihre Interessen nach jeder Seite hin zu vertreten in der Lage ist. Dieselben lehnen es daher ab, sich mit den verleumderischen Tiranen füttern zu lassen. Im übrigen möchte ich dir raten, einmal die Geverbegerichten über die verachtete Königsberger Lohnbewegung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, sowie die Ausführungen Bönnelsburgs auf der Braunschweiger Generalsversammlung hierüber nachzulesen, vielleicht dämmerst dir dann eine andere Ansicht auf. Wenn dir Julius Gehl, ehemaliger Vorsitzender der anarcho-sozialistischen Maurer, dieser Inhalt bekannt wäre, oder du wärst in Königsberg an dieser Bewegung beteiligt gewesen, hättest du eine noch „flammendere“ Anklageschrift gegen den „arbeitervertretenden“ Zentralverband der Maurer Deutschlands, denn du heute selber anzugehören die „Ehe“ hast, vom Stapel gelassen. Freilich nur dann, wenn du noch den Anarcho-Sozialisten angehörtest. Heute bist du ja etwas anderes, und während du früher vor dem arbeiterabgängenden Treiben des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands gruselig machtest, tu du nun heute, nachdem du glücklich im sichereren zentralistischen Hafen gelandet bist, das gleiche gegenüber den Christlichen. Läßt uns darüber unsere eigene Meinung bilben, lieber Julius, das wirfst du uns doch gnädigst gestatten müssen. Im übrigen möchte ich dem „Genossen“ Gehl mit auf den Weg geben, was mir ein Mitglied, das 10 Jahre beim roten Maurerverband angehörte, vor einigen Tagen sagte: „Einige Jahre bringen es die Genossen wohl fertig, uns vor der christlichen Organisation gruselig zu machen, doch wenn man die Erfolge der christlichen Verbände sieht und ihr Wachstum, dann verstehen die Verdächtigungen ihre Wirkungskraft.“ Das, Genosse Gehl, trifft auch für Königsberg zu.

Ran zu der Frage, woher der „Berliner“ Meier gekommen sei. Es waren ja neugierig? Es scheint mir, als stecke hinter dieser Frage die Enge nach einem „Leidensgenossen“, nach einem „Gebündigten“ mit anderen Worten, nach einem „Neugehörenden“. Nein, lieber „Genosse“ Gehl, tröste dich, du hast es hier mit keinem zu tun, der seine Farbe gewechselt hat. Daher kommt mir auch der Zentralverband der Maurer Deutschlands nicht die Türe weisen.

Es wird nun interessieren, einige Urteile des ehemaligen Vorsitzenden der anarcho-sozialistischen Maurer, namens Julius Gehl, über den Zentralverband der Maurer Deutschlands zu vernehmen. Anlaßlich der Lohnbewegung der Berliner Maurer in 1902 gab Herr Julius Gehl in seiner Eigenschaft als Verbandsvorsitzender eine Broschüre heraus unter dem Titel: „Etwas über die vereitete Lohnbewegung der Maurer in Berlin“. Darin heißt es u. a. über das Verhältnis des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands:

„Der Beitrag kam dann zu stande, wenn auch unter den eigenständigsten Verhältnissen. Wir wollten die Schändaten, die bei dieser Gelegenheit von der Verbandsleitung (des roten Maurerverbandes) uns gegenüber begangen wurden, übergehen, weil sie bei einem jeden von uns noch frisch im Gedächtnis sind, und nur bemerken, daß der damalige Betriebsausbruch der Verbandsleitung heute ein offenes Geheimnis ist. Ja, in unserer letzten Versammlung sagte ein Geschäftsführer, er gebe zu, daß bei der Abschließung des Vertrages es nicht richtig ausgegangen sei. Es triefte und fristete fortwährend. Die Krisenagitatoren dieser einflüchtigen Verbandsleitung erhielten von dem auf diesem Gebiete schwer Reichstagsabgeordneten Galver die erforderliche Zustimmung und nun ging die Arbeit, nämlich das Graulochmachen der in Berlin arbeitenden Kollegen, los. Der Zweck wurde erreicht. Die Opposition in den Reihen des Verbandes ist besiegt. Der Beitrag kommt ohne alle Schwierigkeiten wieder unter Tuch und Tuch gebracht werden. Ja die Schätzner-Kommission, der „aufgegebenen“ Beporte, wurden wieder 9 dieser Betriebsleiter in Amt und Würden eingesetzt und sie betrieben die „ehrhaften“ Handbücher als Schlichtungskommission am Donau-Etagenbau neu in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern, teilweise auf Besuch derselben. Auf einigen Seiten kamen im vorigen Jahre die Kollegen sich dann doch solche entzweigehende Reaktionen nicht gehalten lassen. Sie legten die Arbeit nieder, brachten also an und für sich ein sehr großes Maßregelung zuvorzunehmen. Was geschah da? Die Verbandsleitung begnügte sich, wie sie selbst in ihrem letzten Geschäftsbüro zugibt, als Streitbeider-Negentur.

Sie sammelte mögliche, staatsdienstliche, arbeitswillige Elemente, die wir Maurer als Streitbeider bezeichnen, und unter der Flagge, „von der Verbandsleitung“ geschickt, betätigten diese Kerle ihr „solidarisches Gefühl“, indem sie den freudenden Kollegen in den Rücken stießen. Wie ist das möglich, wird mancher, der dies liest, ausfragen, daß die Möglichkeit an die Hand gegeben, die eingesetzten Beide bei Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder herauszubekommen.

Vorsitzende gab dem Vertreter der beklagten Firma den die Kasse aufzulösen oder auf eine andere Basis zu stellen.

Entscheidung wird die größten Folgen nach sich ziehen, insbesondere ist damit auch den Mitgliedern der „Selben Gewerkschaft“ genannten Werkvereine, die sa auf ähnlichem Fundament ruhen, die Möglichkeit an die Hand gegeben, die eingesetzten Beide bei Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder herauszubekommen.

Bum Schlüsse der Broschüre heißt es:

„Das ist das Resultat unserer Bemühungen, die Lebenshaltung der Berliner Maurer zu erhöhen; die verhindert sind, von einer handvoll hoffähiger „Arbeiterführer“, die in der Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer die allein sinnende Kirche erblicken, „deutet die Kreuze zum Unternehmertum über das Wohl ihrer Mitbrüder geht“ und die vor einer Demunzation nicht zurückschrecken, wenn es im Interesse der Harmonie liegt.

So weit sind wir gekommen, was wird das Ende sein?“

Ja, „was wird das Ende sein?“ Herr Julius Gehl ist bei der angeblichen „Streitbeideragentur“ auf Zimmer 29 und bei der „handvoll hoffähiger „Arbeiterführer“, denen die Kreuze zum Unternehmertum über das Wohl ihrer Mitbrüder geht“, die vor einer Demunzation nicht zurückschrecken, gelandet. Und da sagt er noch, er habe seine Gestaltung nicht gewechselt?! Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Erheiternd wirkt nur, daß Genosse Gehl meint, daß er auf meine Schimpferien nicht antwortet, sei selbstverständlich. Nun habe ich aber weiter nichts getan, als wie nur die Zitate aus oben angezogener Broschüre Gehls den Königsberger Kollegen zur Kenntnahme verlesen. Mithin bezeichnet Gehl seine eigenen früheren Ausführungen als „schmückige Schimpferien“ und „attackiert“ sich damit selber. Ich habe gegen diese Selbsteindringung nichts einzuwenden, jeder blamiert sich eben so gut als er kann. Karl Meyer.

Stukkaturen.

Nachen. (Ist der „Freie“ Stukkaturverband frei oder sozialdemokratisch?) In Nr. 25 des „Stukkateur“ vom 20. Juni 1908 wird je ein Gauleiter für den Gau 5 und Gau 6 angestellt. Ju dem sechsten Gau gehört auch Nachen und Umgegend. Wer nun noch zweifelt an der politischen Neutralität des Stukkaturverbandes hatte, ist diene folgenden zur Auskunft. Wörtlich heißt es im „Stukkateur“:

„Diejenigen Kollegen, welche sich um das Amt eines Gauleiters bewerben wollen, können ihre Bewerbungsschreiben umgehend an den Hauptvorstand einsenden. Voraussetzung ist: möglichst fünfjährige Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft und zined Jahre in der Partei.“

Soll heißen sozialdemokratische Partei. Wenn also Bewerbung ist, daß die Führer des Stukkaturverband sozialdemokratische Gefinnung haben müssen, wie kann es dann anders sein, als daß die Mitglieder sozialdemokratisch erzogen werden? Wer jetzt von den Stukkaturen noch glaubt, ein gläubiger Christ bleibe zu können und dem „freien“ Stukkaturverband anzugehören ohne seine religiöse Prinzipien und Überzeugung preiszugeben, der ist einfach mit Blindheit geschlagen. Freie Gewerkschaft und sozialdemokratische Partei sind eins, das wird hierdurch von neuem bewiesen.

Effen. Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Bezirksleiters Kollegen Hänschen in Nr. 22 unseres Organs, möchten wir kurz unsere Ansicht in folgendem darstellen. Vor allem freut es uns, daß der Zentralvorstand resp. Kollege Hänschen die etwaigen Differenzen und Ansichten über den Generaltarifvertrag kennengelernt haben will. Wir können uns jedoch nicht zu der Empfehlung verstehen, die Kritik im Fachorgan zu bringen. Ein Fazit würde sich aus dieser Kritik nur dann ziehen lassen, wenn sämtliche Stukkaturzahstellen eine solche im Fachorgan veröffentlichten würden. Dazu ist uns der Raum unseres Blattes denn doch zu schade. Wo zu auf einmal diesen schwerfälligen Apparat. Wir sind gewiß die lebten, welche unseren Kollegen das Verbandsorgan beschneiden wollen. Wir sind uns aber auch darüber klar, daß dann, wenn die Kollegen mit demselben Eifer, mit dem sie Versammlungs- und Situationsberichte in das Verbandsorgan gebracht haben, Kritik über würden, es mindestens ein halbes Jahr dauern würde, bis Kollege Hänschen sich eine Ansicht bilben könnte. Und übrigens wollen wir doch nicht Unberechtigte schlau machen. Es liege sich noch mancher Grund gegen die Empfehlung vorbringen. Mitten in der Gewerkschaft ist der Platz zur Kritik und zwar in einer Stukkaturkonferenz. Dort kann Kollege Hänschen auf dem schnellsten Wege die Differenzen und Ansichten sämtlicher Stukkaturzahstellen kennen lernen. Wir möchten es dem Zentralvorstand überlassen, ob er unsere Ansicht zu der seinen machen wird, und bitten unsere Kollegen, in den übrigen Stukkaturzahstellen in unserem Sinne wirken zu wollen.

Pet. Kreuzberg.

Soziale Rechtsprechung.

Die „gelben“ Unterstützungsvereine. Eine wichtige prinzipielle Entscheidung hat endete das Gewerbege richt Augsburg in seiner Sitzung vom 3. Juni 1908. Der Dreher Karl Großmann klage gegen die Maschinen- und Bronzewarenfabrik L. A. Riedlinger hier auf Bezahlung von 19,70 M einbezogene Beiträge zur Unterstützungs kasse. Kläger führte in seiner Klage aus, er sei seit dem 25. Juli 1905 bei beklagter Firma als Dreher in Arbeit gestanden, am 27. Mai 1908 jedoch entlassen worden. Vor seinem Eintritt habe er (Kläger) der Unterstützungs kasse der Firma beizutreten müssen, wofür ihm allzöglichlich die Beiträge abgezogen wurden. Dieselben betragen zusammen die Summe von 19,70 M, die er nun von der Firma Riedlinger retour verlangt. Die Firma verweigerte die Retourzahlung der Beiträge, da laut Statut der Kasse die Mitglieder, die aus Selbstverschulden von der Fabrik entlassen werden, der Beiträge verlustig gehen. Diejenigen Arbeiter, die von der Firma wegen Arbeitsmangel usw. ausgestellt werden, erhalten die Hälfte der einbezogenen Beiträge retour. Lebengen, so führte der beklagte Vertreter aus, bestehne kein Zwang, der Kasse beizutreten; er mußte aber auf Verlangen des Vorsitzenden, Herrn Richters Forster, zugeben, daß die Arbeiter, ehe sie zum Arzt geschickt und eingestellt werden, unterschreiben müssen, der Kasse beizutreten, und daß sich bis jetzt noch kein Arbeiter geweigert hat, der Unterstützungs kasse beizutreten. Der Kläger machte hierauf geltend, ein direkter Zwang zum Beitritt bestehje nicht, die Arbeiter wissen aber genau, daß, wer seinen Beitritt nicht erklärt, nicht eingestellt wird, dies gehe ja auch daraus hervor, daß die Arbeiter vor Aufnahme der Arbeit ihren Beiträge zu erklären haben. Nach längerer Beratung kam folgendes Urteil zu stande: Die beklagte Firma L. A. Riedlinger ist schuldig, an den Kläger Großmann 19,70 M zurückzuerstatten und hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem: Es ist festgestellt und vom Beklagten zugegeben, daß die Arbeiter, bevor sie eingestellt werden, eine Erklärung des Zahlung, daß sie in die Kasse eintreten, zu unterzeichnen haben. Die Kasse ist gewiss nicht mehr eine Wohnungsunterstützung, sondern in gewissem Sinne eine Wohnungsanstalt. Es wird sich jeder Arbeiter sagen, wenn ich hier nicht unterschreibe, so laufe ich Gefahr, nicht aufgenommen zu werden. Es wird wohl jeder Arbeiter zu dieser Auffassung kommen müssen und wird unterschreiben. Das ganze Rechtsverhältnis sei zwar formal in Ordnung, wegen dieses ausgesetzten Zwanges jedoch gegen die guten Sitten verstörend und deshalb nichtig. Der

Vorsitzende gab dem Vertreter der beklagten Firma den die Kasse aufzulösen oder auf eine andere Basis zu stellen. Entscheidung wird die größten Folgen nach sich ziehen, insbesondere ist damit auch den Mitgliedern der „Selben Gewerkschaft“ genannten Werkvereine, die sa auf ähnlichem Fundament ruhen, die Möglichkeit an die Hand gegeben, die eingesetzten Beide bei Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder herauszubekommen.

Von den Arbeitsstellen.

Berlin, 13. Juni. Ein Mauererlitzburg ereignete sich Unfall am Güterbahnhof, wobei der 54 Jahre alte Mörderlegler aus der Großgörschen-Straße tödlich und der Maurer schwer verletzt wurde. Ihn wurde von einem etwa 15 Jahre alten Baublock niedergeschlagen und auf der Stelle getötet. Der Schädel war dem Unglückslichen fast vollständig zerstört. Kelling erlitt einen schweren Oberarmbruch und in Verletzungen. Die Rettungsarbeiten wurden von der Feuerwehr vollzogen.

Briefkasten.

Stadtbibliothek, Kirdorf. 1. In diesem Falle tritt Krankenunterstützung in Kraft. 2. Alsdann ist der Beitrag für Kreuz.

Literarisches.

Fachliteratur. „Leitfaden der Bauverbandsleiter.“ II. Teil: Der Bimmer. Herausgegeben von Direktor H. an der Königlich Preußischen Baugewerkschule. „Eckert“ Preis 1,50 M. Das vorliegende Werk behandelt in leichtfasslicher Weise die Verbindungen der Hölzer, die Balkenlagen, die Böden, die Fachwerk- oder Fachwände, Bretterwände, Unterzüge, Dachbänder, Dachhänge und Sprengewerke, die Dächer, die Bängen und die Stärke der Balken und der Hölzer des Dachverbandes für die sachliche Aus- und Weiterbildung der Kollegen, sowie solche, welche später die Baugewerkschule zu besuchen gedenken dürfte die Schrift gute Dienste leisten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die bisherigen Quittungen über eingezahlte Gelder die Hauptklasse fallen fort. In Zukunft werden die Geldsendungen in der „Baugewerkschule“ veröffentlicht und zu wöchentlich.

Geldsendungen für die Hauptklasse sind nur an die klassifizierte Fr. Jacobi, Berlin 9, 17, Niederndorfer Str. 6 zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabshluß anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 15. bis 21. Juni sind folgende Beträgen eingegangen:

Für Beiträge und Eintrittsgelder: Arnsberg 65,84 M., Bonn 90,94 M., Recklinghausen 602,44 M., Koblenz 90,— M., Mülhausen (El.) 349,25 M., Neuendorf 114,89 M., Stadt 100,95 M., Wetzlar 19,70 M., Hannover 600,— M., Münster 150,— M., Osnabrück 600,— M., Siegen 400,— M., Rheine 200,— M., Hildesheim 300,— M., Berlin 200,— M.

Für Futterale: Recklinghausen 2,55 M., Mülhausen (El.) 3,75 M.

Für Hauslassiererbücher: Recklinghausen 4,50 M.

Für Stempel: Lingen 1,40 M., Erlangen 1,40 M., Norderney 1,40 M.

Für Verbandsplakate und Karten: Birmasey 2,75 M.

In dieser Woche sind die Abrechnungsformulare versandt worden. Diejenigen Verwaltungsstellen, welche bis zum 30. Juni nicht bei derselben sind, haben dieses sofort zu melden.

Bekanntmachungen.

Als verlorene werden gemeldet:

die Buch-Nr. 83 947 lautend auf Peter Kunrat und 83 942 lautend auf Eilmann Wermann von der Zahlstelle Neukirch;

die Buch-Nr. 39 168 lautend auf August Rudolf von der Zahlstelle Geestemünde.

Bezirk Posen-Schlesien.

Die Bezirkskonferenz für Schlesien, die am 5. Juli in Glogau stattfinden sollte, wurde umstudierte auf einen späteren Termin versetzt. Die Konferenz findet nunmehr

am 26. Juli mittags 12 Uhr, in Glogau im Vereinshaus, Schäferstr. statt.

Die Tagesordnung bleibt unverändert.

J. A.: Josef Frank, Posen, Halbdorfstr. 41.

Zahlstelle Immingerode. Die Mitglieder Heinrich Hengsbach Jagemann und Albert Jagemann werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachzukommen.

Der Vorstand.

Nachen.

Bezirkss-Kartell der christlichen Gewerkschaften für Nachen und Umgegend.

Der Kartellvorstand hat für Sonntag, den 30. August, von mittags 10½ Uhr, in der Restauration E. Kettner, Gilserstr. 5, die diesjährige ordentliche Generalversammlung festgesetzt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Jahres- und Kassenbericht.

2. Vorstandswahlen.

3. Ä